

Union schürt Zweifel: 551 Fragen zur Finanzierung von NGOs!

CDU und CSU stellen 551 Fragen an die Bundesregierung zur Finanzierung von NGOs; Proteste und Kritik vor der Bundestagswahl.

Bamberg, Deutschland - Die Union hat erneut für Aufsehen gesorgt, indem sie eine umfassende parlamentarische Anfrage zur Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eingereicht hat. Diese umfasst insgesamt 551 Fragen an die Bundesregierung und zielt darauf ab, mögliche Zweifel an der Neutralität von NGOs und zivilgesellschaftlichen Vereinen zu schüren. Kritiker werfen der CDU und CSU vor, durch diese Aktivität unliebsame Meinungsäußerungen zu unterdrücken und den demokratischen Diskurs zu gefährden. **Freie Presse** berichtet, dass der Anlass für die Anfrage direkt mit der Abstimmung über einen Migrationsantrag in Verbindung steht, die die Union zusammen mit der AfD im Bundestag unternahm.

Thorsten Frei, der parlamentarische Geschäftsführer der Union, verteidigt diese Maßnahmen und beschreibt sie als einen Schritt in Richtung Transparenz. Im ARD-„Morgenmagazin“ bestritt Frei Vorwürfe der Einschüchterung und erklärte, die Anfrage sei „das Normalste von der Welt“ und betreffe die Verwendung öffentlicher Gelder sowie Steuervergünstigungen für gemeinnützige Organisationen. Zudem sei es wichtig, gemeinnützige Tätigkeiten, die gegen die demokratischen Grundwerte verstießen, zu überprüfen **t-online**.

Die Reaktionen auf die Anfrage

Die Reaktionen auf die Anfrage sind gemischt. Auf der einen Seite verteidigt die Union ihr Vorgehen, während auf der anderen Seite führende Stimmen, wie der SPD-Co-Chef Lars Klingbeil, die Union angreifen. Sie werfen der CDU und CSU vor, zivilgesellschaftliches Engagement zu behindern und die Meinungsfreiheit einzuschränken. Dieselben Kritiker argumentieren, dass die Anfrage an Organisationen wie Greenpeace, Omas gegen Rechts, die Deutsche Umwelthilfe und andere dem Ziel diene, den sozialen Protest gegen die aktuelle Politik zu delegitimieren **ZDF**.

Ein wichtiger Aspekt der Anfrage ist die gezielte Überprüfung der NGOs, die in der vergangenen Wahlperiode Bundesmittel erhalten haben. Dies beinhaltet auch 25 spezifische Fragen dazu, wie Vereine wie „Omas gegen Rechts“ ihre Mittel verwenden. Es zeigt sich, dass trotz der Tatsache, dass einige dieser Organisationen keine Gemeinnützigkeit besitzen und deshalb keine Steuervorteile genießen, sie dennoch durch projektgebundene Gelder gefördert werden. Die Union betont, dass staatliche Mittel nicht für parteipolitische Zwecke verwendet werden dürfen, was zu einem anhaltenden Streit über die Vergabe staatlicher Zuwendungen an NGOs führt.

In der Umsetzung der Anfrage äußern zahlreiche NGOs Besorgnis, da sie sich in ihren Aktivitäten bedroht fühlen. Sie befürchten, dass die Befragungen als Teil eines größeren Plans zur Kontrolle und Disziplinierung des zivilgesellschaftlichen Sektors verstanden werden können. Vor allem angesichts der kürzlichen politischen Entwicklungen im Bundestag ist der Druck auf diese Organisationen gestiegen, wodurch der demokratische Diskurs in Deutschland zunehmend in Frage gestellt wird.

Details	
Vorfall	Politik
Ort	Bamberg, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.freipresse.de• www.t-online.de

- www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de